

Dr. Angelina Sörgel
Manteuffelstrasse 8
28203 Bremen

1. März 2011

Herrn Staatsminister Bernd Neumann, MdB
Deutscher Bundestag, 11011 Berlin

*Eintreten für Lärmschutz und Lärmvermeidung in Stadt und Land Bremen, hier:
Zunehmender Schienengüterverkehr durch „Seehafenhinterlandverkehr“*

Sehr geehrter Herr Staatsminister Neumann,

Ende Januar 2011 hat unsere Initiative „Bahnlärminitiative Bremen“ einen Brief an die Mitglieder des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages gesandt. Im Nachgang zu einer Veranstaltung mit Vertretern aus der Wirtschaft, der Deutschen Bahn AG und des Bremer Senats hatten wir den zuständigen Fachausschuss des Gesetzgebers gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die nötigen Finanzmittel für Lärmschutz in Bremen und Bremerhaven bereitgestellt werden. Wir haben Sie über unser Schreiben mit gleicher Post in Kenntnis gesetzt.

Erste positive Reaktionen Ihrer Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion, Uwe Beckmeyer und Dr. Carsten Sieling, sowie von Frau Marie-Luise Beck, Die Grünen, haben wir erhalten. Heute wenden wir uns direkt an Sie mit der Bitte, anlässlich der prognostizierten Verdoppelung des nächtlichen Eisenbahngüterverkehrs durch den Seehafenhinterlandverkehr ebenfalls für einen lückenlosen wirkungsvollen Lärmschutz und Lärmvorsorge in Stadt und Land Bremen einzutreten.

Ein Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/4652 v. 07.02.2011), der viele unserer Vorstellungen für eine wirksame Lärminderung aufnimmt, und die Auskunft, die SPD-Bundestagsfraktion bereite einen Gesetzentwurf zum Lärmschutz vor, hat bei uns die Erwartung auf ein kooperatives Miteinander aller politischen Kräfte in Bremen geweckt. Beides soll gemeinsam im Verkehrsausschuss verhandelt werden. Eine fraktionsübergreifende, überparteiliche Kooperation in dieser Sache erscheint uns geboten - nicht nur wegen der großen Zahl der Betroffenen, sondern auch, weil Bremen als kleines Bundesland zwar eine wichtige Seehafenfunktion hat, dies aber nach unserer Wahrnehmung oft weder vom „Bund“ noch von der Deutschen Bahn AG in ihren Maßnahmen angemessen berücksichtigt wird.

Vor diesem Hintergrund sprechen wir Sie als Bremer Abgeordnete/r an: Setzen Sie die Interessen der Bremer Bürgerinnen und Bürger an Lärmschutz und Lärmvorsorge im Sinne einer nachhaltigen Wirtschafts- und Verkehrspolitik in Berlin durch!
Ihrer Antwort sehen wir mit Interesse entgegen und danken Ihnen für Ihre Mühe bereits im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Angelina Sörgel für die Bahnlärm-Initiative Bremen)

Nachrichtlich:
Uwe Beckmeyer, MdB, Carsten Sieling, MdB, Marie-Luise Beck, MdB